

Editorial



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Die Schweiz hat gute Karten, um international einen hervorragenden Platz als Informations- und Kommunikations-Drehscheibe zu behaupten. Die Behörden konzentrieren sich jetzt auf das Wesentliche, um der «Herausforderung Informationsgesellschaft» gerecht zu werden. Das ist erfreulich! Entscheidend ist 1. die Schliessung der noch bestehenden Rechtslücken im E-

«Konzentration auf das Wesentliche»

Business: Das Gesetz zur Regelung der digitalen Signatur ist vernehmlassungsbereit und wird hoffentlich schon 2002 in Kraft treten können. Das Departement Couchepin packt 2. das Problem des Mangels an Informatikern entschlossen an und will im Zuge des neuen Berufsbildungsgesetzes eine national einheitliche Informatikerlehre schaffen, die ab 2003 jährlich gegen 5000 Jugendliche anziehen soll. Auf kantonalen Ebene werden 3. die entsprechenden Massnahmen vorzuziehen sein, um in den Schulen die notwendigen Kenntnisse im Umgang mit den neuen elektronischen Mitteln frühzeitig und breit zu vermitteln. Und 4. verfolgt die Bundeskanzlei ihr Programm des E-Government, damit Regierung und Verwaltung das Ihre zur Verbreitung der neuen Technologien leisten können. Es geht vorwärts mit der Informationsgesellschaft Schweiz.

Schreiben Sie an:
rudolf.ramsauer@
economiesuisse.ch

Schwerpunktthema

economiesuisse hat ein Diskussionspapier zu Europa veröffentlicht. Lesen Sie das Interview mit Direktor Rudolf Ramsauer.

Seite 3 ▶

Elektrizitätsmarktgesetz: noch verbesserungsfähig

■ In der Wintersession sollen beim Energie-marktgesetz die Differenzen zwischen Ständerat und Nationalrat ausgeräumt werden.

Der Ständerat hat in zweiter Lesung einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der eine vollständige Liberalisierung vorsieht, die in drei Schritten ablaufen soll. Für die Endkunden werden Stufen entsprechend dem jährlichen Stromverbrauch (20 GWh während dreier Jahre, anschliessend 10 GWh) festgelegt. Ab dem 7. Jahr können alle Konsumenten ihren Strom frei beziehen. Im Wesentlichen bestehen zwischen den Räten noch zwei Differenzen.

Die erste betrifft den liberalisierten Marktanteil für die Verteilgesellschaften, den der Ständerat erhöht hat. Die zweite bezieht sich auf die Frage der nicht amortisierbaren Investitionen (NAI): Wasserkraftwerke mit finanziellen Problemen, deren Fortbestand gefährdet ist, können während zehn Jah-

ren rückzahlbare, verzinsten Darlehen des Bundes in Anspruch nehmen.

Allerdings ist der derzeitige Entwurf bei weitem noch nicht perfekt. Sehr fraglich erscheint insbesondere die protektionistische Bestimmung, die der Ständerat in Bezug auf das Eigentum der schweizerischen Netzgesellschaft verabschiedet hat. Die derzeitige Fassung bietet jedoch den grossen Vorteil,



Florent
Roduit,
Mitglied der
Geschäfts-
leitung

dass alle grundlegenden Unzulänglichkeiten (diskriminierende Massnahmen, Steuern usw.) daraus entfernt wurden, die in den vorgängigen Entwürfen enthalten waren. Der abgesteckte Weg weist in die richtige Richtung, und es bestehen keine wesentlichen Differenzen mehr. Nun muss das Parlament rasch handeln und das Gesetz in der Dezembersession verabschieden.

Die meisten Elektrizitätsunternehmen sind für eine verstärkte Marktöffnung bereits gut gewappnet. Es ist deshalb angemessen und gerechtfertigt, eine weitergehende Liberalisierung zu erwarten, die den KMU zugute kommen wird. Im Hinblick darauf stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht vorzuziehen wäre, statt für die Verteilgesellschaften direkt für die Endkunden einen besseren Marktzugang vorzusehen. Obwohl die beschlossene Lösung im Zusammenhang mit den NAI einen Notbehelf darstellt, ist sie annehmbar, sofern der verlangte Zins nicht einer versteckten Subvention gleichkommt. Vor allem jedoch muss die Schweiz dringend ihren Rückstand gegenüber ihren europäischen Konkurrenten aufholen, damit die Unternehmen durch den künstlich hoch gehaltenen Strompreis nicht mehr derart benachteiligt werden.



Link:
www.economiesuisse.ch

Aktuell

Goldreserven für Schuldenabbau

economiesuisse ist entschieden dagegen, dass die Goldreserven für eine Bildungsinitiative oder für die Finanzierung von Überbrückungsleistungen im Rahmen der AHV verwendet werden. Die Goldreserven sollen für den Abbau der Schulden bei Bund und Kantonen genutzt werden. Gleichzeitig sind die direkten Steuern im Umfang der Schuldzinsersparnisse zu senken. economiesuisse spricht sich klar für ein qualitativ hoch stehendes und flexibles Bildungssystem aus. Dieses muss jedoch aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Erinnert sei daran, dass erst rund 20 Prozent der Schulen in der Schweiz über Internet verfügen. Um die Chancen der Informationsgesellschaft zu nutzen, ist dies eindeutig zu wenig.

Die meisten Elektrizitätsunternehmen sind für eine verstärkte Marktöffnung bereits gut gewappnet. Es ist deshalb angemessen und gerechtfertigt, eine weitergehende Liberalisierung zu erwarten, die den KMU zugute kommen wird. Im Hinblick darauf stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht vorzuziehen wäre, statt für die Verteilgesellschaften direkt für die Endkunden einen besseren Marktzugang vorzusehen. Obwohl die beschlossene Lösung im Zusammenhang mit den NAI einen Notbehelf darstellt, ist sie annehmbar, sofern der verlangte Zins nicht einer versteckten Subvention gleichkommt. Vor allem jedoch muss die Schweiz dringend ihren Rückstand gegenüber ihren europäischen Konkurrenten aufholen, damit die Unternehmen durch den künstlich hoch gehaltenen Strompreis nicht mehr derart benachteiligt werden.



Link:
www.economiesuisse.ch

Zukunft liegt im Internet

Die Bedeutung von E-Commerce wächst. Das Vertrauen in die Sicherheit der neuen Technologie ist indes noch gering. Mit einem Vertrauensiegel «ecomtrust» will economiesuisse E-Commerce zum Durchbruch verhelfen. Die Schweizer Wirtschaft ist ausserdem an einer schnellen Regelung der Anwendung von digitalen Signaturen interessiert. economiesuisse will das entsprechende Gesetzgebungsverfahren beschleunigen.

Seite 2 ▶

Praxisnahe Mediensschulung

economiesuisse bietet im Haus der Wirtschaft praxisorientierte Medien- und Argumentationstrainings an. Dazu stehen ein Fernseh- und ein Radiostudio zur Verfügung. Ziel ist es, Angst und Unsicherheit vor öffentlichen Auftritten abzubauen.

Seite 2 ▶

Bundesratswahl am 6. Dezember

Am 6. Dezember wird ein neuer Bundesrat gewählt. Weitere Schwerpunkte der Wintersession sind der Voranschlag 2001, das Konsumkredit- und Heilmittelgesetz sowie zwei Initiativen zu Gesundheit und Mieten.

Seite 3 ▶

Die Klimapolitik koordinieren

Vom 13. bis 24. November hat in Den Haag der Klimagipfel stattgefunden, die 6. Vertragsparteienkonferenz der Konvention zur Eindämmung der befürchteten Klimaveränderung. Die Schweizer Wirtschaft platzierte ihre Forderungen im Rahmen der Mitgliedschaft von economiesuisse bei UNICE. Die UNICE machte dabei deutlich, dass die europäische Wirtschaft ihre Bereitschaft zur Reduktion von Treibhausgas gezeigt hat. Die

Fragen der Implementation des Kyoto-Protokolls müssen international geklärt sein, bevor die Ratifikation erfolgen kann. Ein Alleingang Europas würde die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Das Gleiche gilt auch für die Schweiz: Die schweizerische Klimapolitik muss im Gleichschritt mit unseren wichtigsten Handelspartnern erfolgen. Ausserdem muss der Einbezug der Entwicklungsländer in den Klimaschutzprozess vorangetrieben werden. economiesuisse wurde am Klimagipfel durch René Buholzer vertreten.

Mitglied der UNICE in Brüssel

economiesuisse ist seit 1974 Mitglied der UNICE (Union of Industrial and Employer's Confederations of Europe). Sie umfasst 35 Industrie- und Arbeitgeberverbände aus 27 Ländern Europas. Als europäischer Spitzenverband der Wirtschaft vertritt die UNICE die Interessen ihrer Mitgliedsvereinigungen auf europäischer Ebene und bringt ihre Stellungnahmen im legislativen Prozess ein. Neben economiesuisse gehört ihr aus der Schweiz auch der Schweizerische Arbeitgeberverband an. In den Arbeitsgruppen der fünf Policy Committees (Aussenbeziehungen, Wirtschafts- und Finanzfragen sowie Industrie-, Sozial- und Unternehmensfragen) erarbeiten von den Mitgliedsverbänden ernannte Spezialisten aus Unternehmen Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. Für economiesuisse bringen derzeit über 50 Spezialisten die Interessen der Schweizer Wirtschaft bei der UNICE ein. Die Policy Committees sowie die Arbeitsgruppen werden durch das Brüsseler Sekretariat der UNICE koordiniert.

Für die Schweiz als Nicht-EU-Mitgliedland hat die UNICE einen besonderen Stellenwert, indem economiesuisse als Vollmitglied Zugang zu allen Informationen hat und in allen Gremien mitwirken kann. Besonders wertvoll sind die traditionell starken Beziehungen der UNICE zur EU-Kommission und die Kontakte zum EU-Parlament. Die Brüsseler Vertretung von economiesuisse wird seit Juni 2000 von Theo Zijdenbos als permanentem Delegierten geleitet.

 Kontakt:
theo.zijdenbos@
economiesuisse.ch
Telefon +32 2 280 08 44

 Links:
www.unice.org
www.economiesuisse.ch/d/
bruessel

Wichtiger Brückenschlag mit Mexiko

Am 3. November 2000 konnten die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und Mexiko ein Freihandelsabkommen abschliessen, das schon bald von den Ministern unterzeichnet werden und sobald als möglich in Kraft treten soll.

Nachdem bereits die EU mit Mexiko ein weitgehend identisches Abkommen vereinbart

Internettechnologie: Vertrauen fördern

Dem E-Commerce wird eine grosse Zukunft vorausgesagt. Das Vertrauen in die Technologie – insbesondere die Zahlungsabwicklung – ist jedoch noch gering. economiesuisse will hier Abhilfe schaffen.

Vertrauensiegel oder so genannte «Trustmarks» sollen Kunden bei der elektronischen Abwicklung ihrer Geschäfte helfen, vertrauenswürdige Angebote zu finden. Leider bewirken die meisten Gütesiegel genau das Gegenteil; sie vermögen kein Vertrauen zu erwecken. Sei es, weil die Träger des Siegels



Thomas Pletscher,
Mitglied der
Geschäftsleitung

und die Kriterien für die Vergabe nicht bekannt sind oder der Zertifizierungsprozess nicht transparent ist. Hier setzt die europäische Vertrauensinitiative «e-com-trust» an. Mit der am 1. No-

Digitale Unterschriften schnell regeln

Die Schweizer Wirtschaft ist auf eine schnelle gesetzliche Regelung der Anwendung von digitalen Signaturen angewiesen. economiesuisse will das parlamentarische Verfahren beschleunigen.

Der Bundesrat wird in diesen Tagen die Vernehmlassung zur gesetzlichen Regelung der Anwendung von digitalen Unterschriften eröffnen. Die Vernehmlassungs-

Politik Schweiz



vember erfolgten Gründung des Vereins «e-comtrust Schweiz» soll diese Initiative in der Schweiz als Pilotprojekt realisiert werden.

economiesuisse will so zusammen mit dem Konsumentenforum kf, der Schweizerischen Normenvereinigung SNV und SwissICT als Vertreter der Informations- und Kommunikationsbranche das Vertrauen in die Internettechnologie fördern und damit E-Commerce zur Anwendung auf breiter Ebene verhelfen. Bewusst werden die Bedürfnisse der Konsumenten und der Anbieter gleichberechtigt vertreten. Die Trägerschaft ist offen für weitere Interessenvertreter.

e-comtrust hat sich zum Ziel gesetzt, nebst der Einführung eines Gütesiegels auch Aufklärungsarbeit zu leisten. Unter der Schirmherrschaft der Konsumentenorganisationen wird ausserdem eine Ombudsstelle aufgebaut. Mit einem klar definierten Verfahren zur Erteilung des Siegels sowie klaren Prüffeldern ist der Zertifizierungsprozess einheitlich festgelegt. Es werden ausschliesslich die für den online-Handel relevanten juristischen Fragestellungen untersucht. Dies betrifft insbesondere die Konformität mit den Bestimmungen des Konsumentenschutzes, des Wettbewerbsrechtes, des Datenschutzes oder des Strafrechts. Dieses Pilotprojekt dürfte – abhängig auch von den Konkretisierungsschritten auf europäischer und internationaler Ebene – im Sommer 2001 operativ bereit sein.



Weitere Auskünfte bei:
thomas.pletscher
@economiesuisse.ch

Politik International

Wettbewerbspolitik und den gewerblichen Rechtsschutz sowie ein Streitschlichtungsverfahren.

Bezüglich Warenverkehr sieht das Abkommen vor, dass 60% des EFTA-Warenkorbes mit Inkrafttreten des Abkommens einen zollfreien Zugang auf den mexikanischen Markt haben werden. Im Jahre 2003 wird der Maximalzoll für alle Produkte höchstens 5% betragen. Im Jahre 2007

werden alle Zölle abgeschafft sein.

economiesuisse begrüsst diesen ersten transatlantischen Brückenschlag der EFTA im Bereich der Freihandelsabkommen mit so genannten Drittländern und befürwortet weitere ähnliche Abkommen mit Ländern auf anderen Kontinenten.



Kontakt:
gregor.kundig@
economiesuisse.ch

Kamera läuft – Ton ab!

Immer mehr Medien wollen mehr wissen. economiesuisse bereitet Sie darauf vor.

Die Wirtschaft spielt in den Medien eine immer wichtigere Rolle. Zeitungen erweitern ihren Wirtschaftsteil, neue Fachpublikationen drängen auf den Markt, Radio und Fernsehen wollen Statements sowie Interviews, und sie veranstalten kontroverse Diskussionen. Vielleicht schon morgen müssen Topmanager, Kadermitglieder und Politiker zu aktuellen Fragen Stellung nehmen. Ein routinierter Umgang mit



Max Lüthi,
Leiter
Medien-
schulung

Journalisten, ein professionelles Auftreten vor Kamera und Mikrofon ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Der mediengerechte Auftritt will vorbereitet und trainiert sein – besser frühzeitig als zu spät.

Im «Haus der Wirtschaft» bietet economiesuisse massgeschneiderte Medien- und Argumentationstrainings an – nicht theoretisch, sondern in praktischen Übungen vor Kamera und Mikrofon. Dazu stehen ein Fernseh- und ein Radiostudio zur Verfügung. Verantwortlich ist Max Lüthi, der bereits in der ehemaligen wf die Medienschulung leitete.

Ziel der Medienschulung ist es, Angst und Unsicherheit vor öffentlichen Auftritten abzubauen. Zusammen mit erfahrenen Radiojournalisten und – je nach Kurstyp – mit Fachexperten von economiesuisse werden Auftritte in den Medien und in der Öffentlichkeit trainiert.

Die Stärken der Medienschulung von economiesuisse liegen in der Erfahrung der Trainer und in der Dossierkenntnis. Die Medienschulung begnügt sich nicht mit allgemein gehaltenen Theorien und fiktiven Interviewsituationen, sondern sie richtet sich gezielt nach den Kommunikationsbedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Kursleiter arbeiten sich intensiv in die Probleme der jeweiligen Branche oder Unternehmen ein, so dass der «Ernstfall» trainiert werden kann – im Gruppenkurs oder auch im Einzeltraining.



Kontakt:
max.luethi@
economiesuisse.ch

«Debatte ist zu einseitig auf einen EU-Beitritt fixiert»

Auch nach dem Abschluss der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union (EU) will sich *economiesuisse* nicht aus der Europadebatte zurückziehen. Der Verband der Schweizer Unternehmen hat ein Diskussionspapier veröffentlicht. Direktor Rudolf Ramsauer beantwortet Fragen dazu.

Vor welchem Hintergrund ist das Europa-Papier von *economiesuisse* zu sehen?

Die Europapolitik war schon immer ein zentrales Thema der Wirtschaftsverbände. Mit dem Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU haben wir zwar ein wichtiges Ziel erreicht, dennoch dürfen wir keinen Schlusspunkt setzen. *economiesuisse* will sich nicht aus der Diskussion verabschieden und präsentiert daher ein Grundlagenpapier zur Europapolitik.

Warum verzichtet *economiesuisse* darauf, konkret zu einem EU-Beitritt Stellung zu beziehen?

Gerade weil sehr viele wichtige Fragen noch unbeantwortet sind. Zum jetzigen Zeitpunkt will sich *economiesuisse* nicht auf eine bestimmte Variante festlegen. Es ist nicht notwendig, dass dieser Entscheid heute getroffen wird. Der EU-Beitritt ist eine von verschiedenen Optionen. Die gegenwärtige Europadebatte ist aber zu einseitig auf diesen Punkt fixiert. Die Schweiz kann auch auf dem bilateralen Weg weitergehen. Denkbar ist auch ein weiterer Versuch mit einem Europäischen Wirtschaftsraum, was ich persönlich aber als wenig realistisch betrachte, nachdem die bilateralen Verträge – zumindest auf Schweizer Seite – nun unter Dach sind.



Rudolf Ramsauer, Direktor

Hat die Wirtschaft überhaupt ein Interesse an einem EU-Beitritt, oder ist sie dank der bilateralen Verträge in einer komfortablen Lage, die keine weiteren Schritte notwendig macht?

Mit den bilateralen Verträgen haben wir sehr viel erreicht. Aber es wäre falsch zu glauben, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nun endgültig geregelt seien. Unser Wirtschaftsaustausch ist derart intensiv und dynamisch, dass sich immer wieder neue Probleme ergeben, die gelöst werden müssen.

Ist die Beitrittsfrage heute nicht vielmehr politischer als wirtschaftlicher Natur?

Dies trifft zu, nachdem mit den bilateralen Verträgen grösstenteils wirtschaftliche Themen geregelt wurden. Wir hoffen nun, dass die Verträge bald in Kraft gesetzt werden können. Dann müssen wir Erfahrungen sammeln. Wir müssen beispielsweise beobachten, wie sich die Personenfreizügigkeit auswirkt und was das Landverkehrs-

abkommen bedeutet. Erst wenn man die konkreten Auswirkungen der Verträge kennt, sollten wir über die nächsten Schritte entscheiden.

Unabhängig von Art und Ausmass einer weiteren Annäherung an die EU müsse die Schweiz Reformen im Innern angedenken, fordert das *economiesuisse*-Papier. Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Zentral ist für mich die Steuerpolitik. Um der EU beitreten zu können, müssten wir die Mehrwertsteuer auf mindestens 15 Prozent anheben. Das bedeutet, dass wir unser Steuersystem grundlegend umbauen müssten, was in einer direkten Demokratie bekanntlich nicht einfach ist. Im politischen Bereich steht unser Regierungssystem im Vordergrund. Ein EU-Beitritt müsste also mit einer Regierungsreform einhergehen. Er hätte überdies eine Verlagerung der Kompetenzen von Volk und Parlament an den Bundesrat zur Folge. Diese wichtigen Fragen müssen wir zuerst ausdiskutieren – bevor wir über die Option EU-Beitritt entscheiden können.

Die Wirtschaft und Europa

- Bilaterale Abkommen verbessern den Zugang zum EU-Binnenmarkt wesentlich
- Abkommen müssen umgesetzt und angewandt werden
- Der bilaterale Weg ist nicht erschöpft, könnte längerfristig jedoch an Grenzen stossen
- Bestehende Integrationsoptionen sollen offen gehalten werden
- Nutzen eines EWR-Beitritts ist eher beschränkt
- Beitrittsfrage ist mehr ein politisches, denn ein wirtschaftliches Anliegen
- Politik muss für Beitritt bereit sein, ein schweizerisches Reformprogramm in Angriff zu nehmen

Vorschau Wintersession

Wintersession im Zeichen der Bundesratswahl

Im Mittelpunkt der Wintersession steht die Ersatzwahl in den Bundesrat. Weitere Wahlgeschäfte betreffen die Ratspräsidenten und die Bundesgerichtspräsidenten.

Die höchsten Wellen dürfte am 27. November beginnenden Wintersession zweifelsohne die Bundesratswahl schlagen. Am 6. Dezember wird ein Nachfolger (oder eine Nach-

folgerin) für Bundesrat Adolf Ogi gewählt. Gewählt werden ausserdem das Präsidium, der Bundespräsident und der Vizepräsident für 2001 sowie der Präsident und der Vizepräsident des Bundesgerichts für 2001/2002.

Ein weiterer Schwerpunkt der Wintersession wird die Detailberatung von Voranschlag 2001 und Finanzplan 2002–2004 in

beiden Räten sein. Beim Elektrizitätsmarktgesetz sollen die Differenzen zwischen den beiden Räten ausgeräumt werden, ebenso beim Konsumkredit- und Heilmittelgesetz. Als Erstrat wird sich der Nationalrat mit der Gesundheitsinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» und der Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» befassen. Der Ständerat andererseits be-

handelt als Erstrat den Verlängerungsbeschluss zu Gunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete.

Am 12. Dezember wird der ehemalige Präsident der UdSSR, Mikhail Gorbatschow, im Nationalrat eine Rede halten.



Links:
Ausführliche Vorschau auf die Wintersession
www.economiesuisse.ch

Wirtschaftsfeindliche Alpenkonvention

Die neun Anwendungsprotokolle zur Alpenkonvention, die der Bundesrat kürzlich unterzeichnet hat, gefährden die wirtschaftliche Entwicklung von mehr als 60 Prozent des schweizerischen Staatsgebietes. *economiesuisse* und der Schweizerische Gewerbeverband SGV appellieren in einer gemeinsamen Stellungnahme an die eidgenössischen Räte, die Ratifizierung der Protokolle zu verweigern. Der Widerstand der Wirtschaft richtet sich nicht gegen die Alpenkonvention als solche, sondern gegen die Wirtschaftsfeindlichkeit der Anwendungsprotokolle. Die von einer Arbeitsgruppe eingebrachten Anregungen und geäusserten Bedenken wurden nicht berücksichtigt.

Weiss präsidiert EFTA-Ausschuss

Pierre Weiss, der im EFTA-Konsultativausschuss den Schweizerischen Arbeitgeberverband vertritt, wird neu dieses Gremium in den kommenden zwei Jahren präsidiieren. Weiss tritt damit die Nachfolge von Jon Ivar Nalsund (Norwegen) an. Der neue Präsident ist Berater der Fédération des syndicats patronaux mit Sitz in Genf und weist sich durch eine solide akademische Laufbahn aus (u.a. Lehrauftrag an der Universität Genf). Der EFTA-Konsultativausschuss ist ein beratendes Organ der European Free Trade Association (EFTA) und ist aus Vertretern der Sozialpartner der Mitgliedsländer zusammengesetzt. Seitens *economiesuisse* wirkt Gregor Kündig mit. Sein «Alternate» ist Theo Zijdenbos.



Kontakt:
gregor.kundig@economiesuisse.ch

Vernehmlassung

15. Januar 2001
Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer

19. Januar 2001
Strassenverkehrstelematik-Leitbild für die Schweiz im Jahr 2010

19. Januar 2001
Verordnung über elektrische Niederspannungsinstrumente

28. Februar 2001
Revision Haftpflichtrecht

Mitglieder, die sich an der Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei *economiesuisse* anfordern.

Heini Lippuner: wf in wichtiger Zeit geprägt

Nach vierjähriger, verdienstvoller Tätigkeit hat Heini Lippuner am Tag der Wirtschaft, am 15. September in Lausanne, das Präsidium der wf an Dr. Andres F. Leuenberger übergeben.

Heini Lippuner hat während seiner Präsidentschaft die wf durch eine reich befrachtete und für die Wirtschaft wichtige politische Agenda begleitet. Ein besonderes Interesse zeigte Heini Lippuner an der argumentativen und kampagnenmässigen Begleitung der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union (EU). Es war ihm ein zentrales Anliegen, dieses wichtige Geschäft mit seinen

sieben Kerndossiers im Interesse der Schweizer Wirtschaft bei Volk und Ständen erfolgreich durchzubringen.

Weitere schwierige Abstimmungsgeschäfte wie etwa die zukünftige Fortführung der Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Gentechnologie, aber auch finanzpolitische Weichenstellungen mit der Genehmigung des Haushaltsziels 2001 durch das Volk waren bedeutende Kampagnen, die während seiner wf-Präsidentschaft im Interesse und zu Gunsten der Wirtschaft entschieden werden konnten.

Heini Lippuner hat mit Weitsicht und dem Trend der Zeit



Heini Lippuner

folgend den Integrationsprozess bei den Schweizer Spitzenverbänden befürwortet und die wf zielstrebig in den neuen Dachverband der Schweizer Unternehmen, economiesuisse, hinein geführt. Wir danken Heini Lippuner für sein erfolgreiches Wirken im Dienste der Wirtschaft und wünschen ihm für seine weitere Zukunft alles Gute.

Paul Veyrassat: Während dreier Jahrzehnte Vororts-Tätigkeit geprägt

Ende Oktober 2000 ist Dr. Paul Veyrassat, Mitglied der Geschäftsleitung der economiesuisse, in den Ruhestand getreten. Damit verliess eine Persönlichkeit die Geschäftsleitung der economiesuisse, welche die Tätigkeit des Vororts während fast dreier Jahrzehnte an vorderster Front massgeblich mitgestaltet hat.

Paul Veyrassat trat 1973 als Sekretär in den damaligen Vorort ein; 1980 wurde er zum I. Sekretär ernannt. Von seiner früheren Tätigkeit im Bundesamt für Aussenwirtschaft her standen ihm die Fragen der Aussenwirtschaftspolitik nahe, weshalb er vor allem mit Aufgaben in diesem Bereich betraut wurde. So war er unter anderem zuständig für die Gebiete GATT/WTO, die EFTA und – bis vor kurzem – die EU, UNCTAD

und Weltbank sowie die multinationalen Unternehmungen. Im bilateralen Bereich betreute er die Beziehungen zu den USA und Kanada sowie zu den arabischen Staaten, Iran und der Türkei.

Im innenpolitischen Bereich war Veyrassat verantwortlich



Paul Veyrassat

unter anderem für Fragen der Sozialpolitik, des Bodenrechts, Arbeitnehmerfragen und Ausländerpolitik. Er vertrat die Wirtschaft auch in verschiedenen eidgenössischen Gremien, so in der Kommission für Ausländerfragen und in der Zoll-

expertenkommission.

Während zwölf Jahren gehörte er auch dem Verwaltungsrat der PTT an. Er leitete ferner die Arbeitsgruppen «Europa» und «WTO» des Vororts und wirkte in verschiedenen Kommissionen der Internationalen Handelskammer ICC und des Europäischen Industrieverbandes UNICE mit.

Veyrassat zeichnete sich durch ein hohes persönliches Engagement und grösste Präzision in allen seinen Arbeitsgebieten aus. Als gebürtiger Genfer waren ihm die Beziehungen zur Romandie ein persönliches Anliegen, und er wirkte immer wieder als Bindeglied zwischen den beiden Landesteilen. economiesuisse ist Veyrassat für seinen Einsatz und seine Loyalität zu grossem Dank verpflichtet.

«Vendée Globe» live

Was sucht ein Bankier auf dem Internet? Wirtschafts- und Finanzinformationen natürlich, aber auch politische Nachrichten und – zumindest gilt dies für den Genfer Privatbankier Charles Pictet – die letzten Neuigkeiten vom Vendée Globe, der Regatta rund um die Erde für Einhandsegler.

Schweiz auf dem Laufenden halten. Bei Reisen ins Ausland ermöglicht ihm die Site von «Le Temps», mit der nationalen Politik in Verbindung zu bleiben. Auf dem Web steht diese Tageszeitung schon zur Verfügung, bevor die Druckerschwärze der Papierausgabe trocken ist.

Doch Internet bedeutet auch Reisen und das offene Meer.



Charles Pictet

Der Vizepräsident von economiesuisse hat allerdings kaum Zeit, auf dem Web zu surfen. Trotzdem besucht er, natürlich weniger systematisch als seine Mitarbeiter, die Sites der grossen Finanzinformationsdienste wie Bloomberg oder Reuters. In der Bankenwelt sind diese Sites ein absolutes Must; um sie kommt man nicht herum. Doch die Auswahl ist gross und beschränkt sich nicht auf diese Adressen. Mit einem Mausclick lassen sich beispielsweise die Adressen von «Smartmoney» oder «Swissquote» anwählen,

- www.reuters.com
- www.swissquote.com
- www.smartmoney.com
- www.letemps.ch
- www.vendee-globe.tm.fr/

die jedem Anleger wertvolle Informationen bieten.

Auf Grund seiner Aktivitäten in den Wirtschaftsverbänden muss sich Charles Pictet auch über das aktuelle Geschehen in der

Wenn Charles Pictets Kinder – auf den echten Wellen – surfen, informiert sich der Privatbankier gerne über das Wetter in der Region, in der sie sich aufhalten, um so in gewisser Weise mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Gegenwärtig widmet Charles Pictet seine wenigen freien Augenblicke allerdings seiner sportlichen Leidenschaft, dem Segeln. Im Herzen begleitet er die Abenteurer des Vendée Globe, eines anspruchsvollen Nonstop-Rennens für Einhandsegler. Auf einer Seekarte kann er die Ereignisse von Stunde zu Stunde mitverfolgen.

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
 Verantwortliche Redaktion: Stefan Kern
 Adresse: Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich
 Tel: 01/421 35 35, Fax: 01/421 34 34
 E-Mail: stefan.kern@economicsuisse.ch
 Web: www.economicsuisse.ch
 Erscheinungsweise: monatlich
 Gestaltung: Layout 88 GmbH, Zürich
 Druckvorstufe und Druck: RDV, Berneck

Dokumentation

- «Europa – Optionen und Hausaufgaben» Broschüre, 48 Seiten, gratis
- «Newsletter» Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis
- «Dossier Politik, Pressedienst» Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich, gratis
- «Facts der Wirtschaft» Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, erscheint 4–5 Mal jährlich, gratis
- «Steuerkonzept» Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung.
- Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–
- «Wirtschaftspolitisches Jahrbuch SHIV» (Vorort) Ausführungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Ausgabe 1999. Taschenbuch, 204 Seiten, Fr. 35.–
- «E-Mail-Service» Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Name, Vorname _____

Funktion _____

Firma _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____